



HEKS-Positionspapier

# Klimagerechtigkeit

Verständnis, Vision  
und politische Forderungen

# Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Einleitung</b>	<b>3</b>
<b>2</b>	<b>Hintergrund (Zahlen und Fakten)</b>	<b>5</b>
2.1	Wissenschaftliche Fakten zum Klimawandel	5
2.2	Internationale Klimaschutzpolitik	6
2.3	Klimawandel und nachhaltige Entwicklung	7
<b>3</b>	<b>Die verschiedenen Dimensionen der Klimagerechtigkeit</b>	<b>9</b>
3.1	Klimagerechtigkeit nach dem Verständnis des HEKS	9
3.2	Klimawandel und soziale Ungleichheit	10
3.3	Klimawandel und Landsysteme	11
3.4	Klimawandel und Energiewende	14
3.5	Klimawandel und Ernährungssysteme	15
3.6	Klimawandel und Geschlechtergerechtigkeit	16
3.7	Klimawandel und Konflikte	17
3.8	Vom Klimawandel ausgelöste Migration	18
3.9	Klimabedingte Schäden und Verluste	18
3.10	Klimaschutzfinanzierung	19
3.11	Desinvestitionen	20
<b>4</b>	<b>Die Verantwortung von HEKS als Organisation</b>	<b>21</b>
<b>5</b>	<b>Politische Forderungen</b>	<b>23</b>

## Abkürzungsverzeichnis

BECCS	Bioenergy with carbon capture and storage Bioenergie mit Kohlendioxidabscheidung und -speicherung
COP	Conference of the Parties Konferenz der Vertragsparteien
FOEN	Federal Department for Environment Eidgenössisches Departement für Umweltangelegenheiten
FPIC	Free, prior and informed consent Freiwillige und in Kenntnis der Sachlage erteilte Zustimmung
GHG	Greenhouse Gas Emissions Treibhausgasemissionen
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimaänderungen (Weltklimarat)
LDC	Least Developed Countries Am wenigsten entwickelte Länder
NDC	Nationally Determined Contributions National festgelegte Beiträge
PACDR	Participatory Assessment for Climate and Disaster Risk Partizipative Analyse von Klima- und Katastrophenrisiken
SDC	Swiss Development Cooperation Schweizer Entwicklungszusammenarbeit
SECO	State Secretariat for Economic Affairs Staatssekretariat für Wirtschaft
SIDS	Small Island Developing States Kleine Inselstaaten unter den Entwicklungsländern
UNFCCC	United Nations Framework Convention for Climate Change Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen



## 1. Einleitung

Die Klimakrise zählt zu den grössten Herausforderungen unserer Zeit. Der Weltklimarat (IPCC) stellt im August 2021 in seinem sechsten Sachstandsbericht unmissverständlich klar, dass der Temperaturanstieg in der Atmosphäre, in den Weltmeeren und auf den Kontinenten zweifelsfrei vom Menschen verursacht ist.<sup>1</sup> Die Folgen dieser Klimaerhitzung, etwa die Zunahme der Häufigkeit und Intensität von Extremwetterereignissen, der Anstieg des Meeresspiegels und die Veränderung der Niederschläge sind bereits beim derzeitigen globalen Temperaturanstieg um 1,1°C deutlich spürbar. Je stärker die Erderwärmung fortschreitet, umso heftiger werden diese Folgen ausfallen. In Verbindung mit anderen drängenden Problemen wie beispielsweise dem Verlust der biologischen Vielfalt, der Zerstörung von Ökosystemen und der Verschärfung der sozialen Ungleichheit stellt die Klimakrise die Menschheit vor eine nie dagewesene Herausforderung und macht gleichzeitig auch frühere Anstrengungen zur Bekämpfung von Armut und Hunger zunichte. Die Corona-Pandemie hat uns vor Augen geführt, dass die Menschheit keineswegs auf eine globale Krise vorbereitet ist, sie hat uns aber auch daran erinnert, dass vorausschauende Anpassungsmassnahmen Leben retten und die Notwendigkeit kostspieliger humanitärer Hilfe verringern können.

Obwohl die Wissenschaft schon seit über 40 Jahren auf den vom Menschen verursachten Klimawandel und dessen potenziell katastrophale Folgen hinweist, hat es die Politik in weiten Teilen versäumt, das Problem ernst zu nehmen und entschlossen anzupacken. Gegenwärtig ist die Welt weit davon entfernt, den globalen Temperaturanstieg auf unter 2°C, geschweige denn 1,5°C begrenzen zu können. Die weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen steigen weiter an, und selbst wenn die zugesicherten Emissionsreduktionsziele aller Länder dieser

<sup>1</sup> IPCC (2021): Sechster Sachstandsbericht (AR 6), Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger in «Climate Change 2021: The physical science basis», [www.ipcc.ch/report/ar6/wg1/downloads/report/IPCC\\_AR6\\_WGI\\_SPM\\_final.pdf](http://www.ipcc.ch/report/ar6/wg1/downloads/report/IPCC_AR6_WGI_SPM_final.pdf)

Welt verbindlich festgeschrieben würden, befindet sich die Welt weiter auf dem Weg zu einer Erwärmung um rund 2,7°C im Vergleich zur vorindustriellen Zeit.<sup>2</sup>

Die Klimakrise ist auch eine Frage von Gerechtigkeit. Nicht alle Menschen sind vom Klimawandel gleichermaßen betroffen. Die Folgen variieren je nach geografischer Lage (kleine Inseln, niedrig liegende Küstenregionen und Trockengebiete werden am stärksten betroffen sein), nach Gefahrenpotenzial (etwa nicht anerkannten Siedlungen in Überschwemmungsgebieten) sowie nach sozioökonomischem Stand der Bevölkerung. Am stärksten gefährdet sind die Menschen im Globalen Süden, die gleichzeitig am wenigsten zum Problem des Klimawandels beigetragen haben. Die Klimakrise ist zudem eine Generationenfrage, die sich in der Bewegung «Fridays for Future» widerspiegelt: Junge Menschen gehen auf die Strasse und fordern schnelles und entschlossenes Handeln der Politik, damit ihre Generation die Auswirkungen der Erderwärmung nicht «ausbaden» muss.

Unverzügliche, effektive Klimaschutzmassnahmen, sprich die kompromisslose Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens und die Bereitstellung angemessener finanzieller Mittel für Anpassungsmassnahmen sowie die Kompensation klimabedingter Schäden und Verluste, sind für eine nachhaltige und gerechte Entwicklung unabdingbar. Gleichzeitig gilt es, neue Risiken im Zusammenhang mit technischen Lösungen zur Emissionsreduktion im Auge zu behalten: Der grosse Flächenbedarf für Wind- und Wasserkraftwerke kann zu neuen Landnutzungskonflikten führen. Die Nachfrage nach Batterien für Elektrofahrzeuge wird den Bedarf an Rohstoffen für deren Produktion in die Höhe treiben und bei deren Gewinnung und Förderung zu neuen Umweltproblemen und Menschenrechtsverletzungen führen.<sup>3</sup> Um die Klimakrise zu stoppen, muss daher ein grundlegendes Umdenken in Wirtschaft und Gesellschaft stattfinden. Um auf ein solches hinzuarbeiten, ist eine starke Zivilgesellschaft von zentraler Bedeutung.

In Anbetracht seiner Dringlichkeit gewinnt das Thema Klimagerechtigkeit sowohl in der Programm- als auch in der Öffentlichkeitsarbeit des HEKS zunehmend an Bedeutung. In seiner täglichen Arbeit erlebt HEKS bereits überall auf der Welt die Auswirkungen des Klimawandels auf die Schwächsten der Gesellschaft, sieht aber auch die vielen lokalen und regionalen Lösungsansätze zur Bewältigung der Klimakrise und der damit verbundenen Herausforderungen. Das vorliegende Positionspapier hat zum Ziel, ein gemeinsames Verständnis des Themas Klimagerechtigkeit innerhalb von HEKS zu schaffen sowie unsere Positionen, Visionen und Forderungen zum Thema aufzuzeigen.

---

2 UNEP (2021) Emissions Gap Report (Emissionslückenbericht) 2021, Global progress report on climate action (Globaler Fortschrittsbericht über Klimaschutzmassnahmen), [www.unep.org/resources/emissions-gap-report-2021](http://www.unep.org/resources/emissions-gap-report-2021)

3 Business and Human Rights Resource Center: [www.business-humanrights.org/en/big-issues/natural-resources/extractives-transition-minerals/](http://www.business-humanrights.org/en/big-issues/natural-resources/extractives-transition-minerals/)



## 2. Hintergrund (Zahlen und Fakten)

### 2.1 Wissenschaftliche Fakten zum Klimawandel

Dem Weltklimarat zufolge hat sich die globale Durchschnittstemperatur seit der vorindustriellen Zeit um rund 1,1°C erhöht. Allerdings fällt die Erderwärmung nicht überall gleich stark aus; in einigen Regionen und zu bestimmten Jahreszeiten ist sie deutlicher spürbar als im globalen Jahresdurchschnitt. Zudem ist sie über Landflächen im Allgemeinen grösser als über dem Meer.<sup>4</sup> In der Schweiz beispielsweise ist der Temperaturanstieg bereits doppelt so hoch wie im globalen Durchschnitt; seit dem Jahr 1864 beträgt er 2,2°C.<sup>5</sup> Aktuell erhöht sich die globale Durchschnittstemperatur alle zehn Jahre um rund 0,2°C. Bleibt es dabei, dürften die durchschnittliche Temperatur auf der Erde bis zum Jahr 2030 um rund 1,5°C gestiegen sein.

Der Klimawandel hat schon jetzt in allen Regionen der Erde spürbare Auswirkungen wie etwa die Zunahme von Extremwetterereignissen wie Hitzewellen, Starkniederschlägen, Dürren oder Wirbelstürmen. Er führt zudem zu einem Anstieg des Meeresspiegels und einem beschleunigten Verlust der biologischen Vielfalt. Daraus ergeben sich noch nie dagewesene Risiken. Die aktuellen Berichte des IPCC, d. h. der sechste Sachstandsbericht *Naturwissenschaftliche Grundlagen 2021* sowie die 2019 erschienenen Sonderberichte *Klimawandel und Landsysteme*<sup>6</sup> und *Ozean und Kryosphäre*<sup>7</sup>, lassen keinen Zweifel daran, dass sich die Folgen des Klimawandels wie die fortschreitende Wüstenbildung, das Abschmelzen des Schelf- und Gletschereises oder der Anstieg des Meeresspiegels überwiegend negativ auf Ernährungssysteme und Ernährungssicherheit, Wasservorkommen, Wasserqualität, biologische Vielfalt, Gesundheit, Infrastruktur, Verkehr, Tourismus, Freizeit und Kultur bereits auswirken und in Zukunft noch stärker auswirken werden.

4 IPCC (2021) AR6, *Naturwissenschaftliche Grundlagen*

5 MeteoSwiss: [www.meteoswiss.admin.ch/home/climate/climate-change-in-switzerland.html](http://www.meteoswiss.admin.ch/home/climate/climate-change-in-switzerland.html)

6 IPCC (2019) Sonderbericht *Klimawandel und Landsysteme*, [www.ipcc.ch/srccl/chapter/summary-for-policymakers/](http://www.ipcc.ch/srccl/chapter/summary-for-policymakers/)

7 IPCC (2019) Sonderbericht *Ozean und Kryosphäre*, [www.ipcc.ch/srocc/chapter/summary-for-policymakers/](http://www.ipcc.ch/srocc/chapter/summary-for-policymakers/)

Das Ausmass des aktuellen Temperaturanstiegs zeigt sich auch darin, dass klimabedingte Schäden und Verluste in den letzten Jahren erheblich zugenommen haben. Das Büro der Vereinten Nationen für Katastrophenvorsorge (United Nations Office for Disaster Reduction, Abk. UNDRR)<sup>8</sup> verzeichnet für den Zeitraum zwischen 2000 und 2019 1,23 Millionen Tote, vier Millionen Betroffene und einen versicherten Gesamtschaden in Höhe von 3 Milliarden US-Dollar. Dem Rückversicherungskonzern MunichRe zufolge haben sich die klimabedingten Schäden seit dem Jahr 1980 verdreifacht.<sup>9</sup>

Im Hinblick auf künftige Folgen des Klimawandels zeigen alle IPCC-Berichte auf, dass ein über 1,5°C hinausgehender Temperaturanstieg um 2°C oder sogar darüber hinaus viele Klimarisiken drastisch verschärfen und ein «Umkippen» des Klimas auslösen könnte, was zahlreiche Ökosysteme und deren Dienstleistungen unwiederbringlich zerstören und die Stabilität unseres Klimasystems als Ganzes gefährden würde. Die Korallenriffe der Welt würden beispielsweise vollständig absterben und tropische Gletscher praktisch verschwinden. Darüber hinaus nähme die Zahl der Extremwetterereignisse in fast allen Regionen der Welt weiter zu, und der Anstieg des Meeresspiegels überstiege noch vor Ende des Jahrhunderts die Ein-Meter-Marke.<sup>10</sup>

Zur Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5°C müssen die globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen bis zum Jahr 2030 um rund 45 Prozent gegenüber dem Jahr 2010 reduziert werden und spätestens um das Jahr 2050 herum müsste CO<sub>2</sub>-Neutralität erreicht sein. Mit anderen Worten: Spätestens Mitte dieses Jahrhunderts darf der Mensch nicht mehr CO<sub>2</sub> in die Atmosphäre ausstossen als jene Menge, die ihr durch natürliche CO<sub>2</sub>-Speicher wie Wälder, Meere oder Biomasse entzogen wird.<sup>11</sup>

## 2.2 Internationale Klimaschutzpolitik

Schon im Jahr 1990 legte der IPCC in seinem ersten Bericht überzeugend dar, dass die von Menschen verursachten Emissionen die Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre wesentlich erhöhen und damit eine Erwärmung der Erdoberfläche herbeiführen. Der Bericht bildete die Grundlage für die Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (United Nations Framework Convention on Climate Change, Abk. UNFCCC), einem internationalen Abkommen, das 1992 am Umweltgipfel in Rio de Janeiro zur Unterzeichnung vorgelegt wurde. Ziel der UNFCCC ist es, die Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre zu begrenzen, damit eine gefährliche Störung des Klimasystems verhindert wird. Seit 1995 beraten die Unterzeichnerstaaten der Konvention einmal jährlich an der Konferenz der Vertragsparteien (COP) über die Fortschritte bei der Bekämpfung des Klimawandels. Das 1997 verabschiedete Kyoto-Protokoll enthielt erstmals rechtsverbindliche Verpflichtungen für die Industrieländer (Annex I «Länder») zur Senkung ihrer Treibhausgasemissionen im Zeitraum zwischen 2008 und 2012. Allerdings haben die USA das Protokoll nie ratifiziert, Kanada trat wieder aus. Wohl wurden Anstrengungen unternommen, das Kyoto-Protokoll und die darin festgeschriebenen Klimaschutzziele für verbindlich zu erklären, doch das entsprechende Dokument wurde nur von wenigen Ländern unterzeichnet. Da die Treibhausgas-Emissionen in Schwellenländern wie etwa China, Indien und Brasilien, welche am Kyoto-Protokoll nicht beteiligt waren, wuchsen, deckte dieses am Ende lediglich rund 15 Prozent der weltweiten Emissionen ab, und das Ziel der UNFCCC zur Stabilisierung der Treibhausgasemissionen wurde klar verfehlt.

An der Konferenz der Vertragsparteien im Dezember 2015 (COP21) in Paris einigten sich 195 Staaten schliesslich auf neue, ehrgeizigere Klimaschutzregeln, die im Pariser Klimaschutzabkommen festgeschrieben wurden. Ziel des Abkommens ist die Begrenzung der Erderwärmung auf deutlich unter 2°C, vorzugsweise unter 1,5°C. Die Treibhausgas-Emissionen sollen schnellstmöglich so weit verringert werden, dass in der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts ein Gleichgewicht zwischen der von Menschen in die Atmosphäre freigesetzten und der von Treibhausgasspeichern aus der Atmosphäre entzogenen Treibhausgasmenge besteht. Mit dem Abkommen sollen ferner die Fähigkeit der Vertragsparteien zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels gestärkt sowie die Finanzmittelflüsse auf eine kohlenstoffarme und klimaresiliente Entwicklung hin ausgerichtet werden.<sup>12</sup>

8 UNDRR (2020). The Human Cost of Disasters – An overview of the last 20 years 2000-2019, [www.preventionweb.net/files/74124\\_humancostofdisasters20002019reportu.pdf](http://www.preventionweb.net/files/74124_humancostofdisasters20002019reportu.pdf)

9 Hoeppe, P (2016), Trends in Weather Related Disasters – consequences for insurers and society, Weather and Climate Extremes, Band 11, S.70-79

10 IPCC (2018). Sonderbericht 1,5°C globale Erwärmung, [www.ipcc.ch/sr15/chapter/spm/](http://www.ipcc.ch/sr15/chapter/spm/), IPCC (2019) Sonderbericht Klimawandel und Landsysteme, IPCC (2019) Sonderbericht Ozean und Kryosphäre, IPCC (2021) AR6, Naturwissenschaftliche Grundlagen des Klimawandels

11 IPCC (2018). Bericht 1,5°C

12 UNFCCC (2015): Das Pariser Klimaschutzübereinkommen [https://unfccc.int/sites/default/files/english\\_paris\\_agreement.pdf](https://unfccc.int/sites/default/files/english_paris_agreement.pdf)

Im Rahmen des Pariser Abkommens verpflichten sich die einzelnen Staaten und die EU zu sogenannten nationalen Klimabeiträgen (nationally determined contributions, Abk. NDC), die alle fünf Jahre durch den UNFCCC überprüft werden. Darin legen diese Länder dar, wie sie ihre Treibhausgasemissionen senken und Massnahmen zur Anpassung an den Klimawandel ergreifen wollen. Diese Beiträge müssen «ehrgeizig» sein, «im Laufe der Zeit einen Fortschritt erkennen lassen» und «mit Blick auf das Erreichen des Vertragszwecks» definiert werden. Allerdings geht aus den Emissionslückenberichten<sup>13</sup> des UNEP hervor, dass die NDC noch weit vom 1,5°C-Ziel entfernt sind. Aktuell wird erwartet, dass die Erderwärmung diesen Wert spätestens um das Jahr 2030 übersteigen wird.

Bezüglich der Finanzierung von Klimaschutz-Massnahmen haben die Teilnehmerstaaten in Paris nochmals bekräftigt, spätestens ab 2020 jährlich 100 Milliarden US-Dollar bereitzustellen – wie auf der COP15 im Jahr 2009 in Kopenhagen ursprünglich vereinbart –, und dass finanziell schlechter gestellte Länder sowie die vom Klimawandel am stärksten betroffenen Bevölkerungsgruppen bei der Bekämpfung und Bewältigung des Klimawandels angemessen unterstützt werden müssten.

Im Pariser Klimaabkommen ebenfalls erneut behandelt wurde die Frage klimabedingter Schäden und Verluste, mit anderen Worten der Umgang mit jenen Folgen des Klimawandels, die durch Anpassung allein nicht zu bewältigen sind. In Artikel 8 der Vereinbarung erkennen die Vertragsparteien an, wie wichtig es ist, Schäden und Verluste möglichst zu vermeiden, mindestens aber auf ein Mindestmass zu verringern und zu bewältigen. Zudem soll alles unternommen werden, das Verständnis, die Massnahmen und die Unterstützung in Bezug auf klimabedingte Schäden und Verluste zu verbessern. Nach wie vor unbeantwortet ist jedoch die Frage, wer die zur Erfüllung dieser Pflicht notwendigen Finanzmittel wann, wie und auf welchen Wegen aufbringen soll.<sup>14</sup>

Leider fehlt der internationalen Gemeinschaft auch sechs Jahre nach der COP21 in Paris die Bereitschaft, das Übereinkommen von Paris entschlossen und effektiv umzusetzen, wirksam auf das 1,5°C-Ziel hinzuwirken und so die drohende Klimakatastrophe abzuwenden. Aktuell sind die zugesagten NDC weit vom Erreichen des 1,5°C-Ziels entfernt, und auch der versprochene Betrag von 100 Mia. US-Dollar jährlich für Klimaschutz- und Anpassungsmassnahmen steht bis heute nicht bereit, obwohl der Finanzbedarf für solche Massnahmen im Globalen Süden riesig ist. Auch auf der bislang letzten Klimaschutzkonferenz COP26 in Glasgow konnte man sich nicht auf angemessene Bemühungen zum Ausstieg aus fossilen Brennstoffen einigen. Und auch letzte Schlupflöcher bei der Anrechnung der Kompensation von Emissionen konnten nicht ausgemerzt werden.<sup>15</sup>

### 2.3 Klimawandel und nachhaltige Entwicklung

In seinem Bericht aus dem Jahr 2018 über das 1,5°C-Ziel widmet sich der IPCC ausführlich dem Thema «Nachhaltige Entwicklung» und weist darauf hin, dass der Klimawandel zunehmend die wirtschaftliche Entwicklung behindert und Anstrengungen zur Bekämpfung von Armut und Hunger untergräbt. Die Erderwärmung ist nicht nur ein Umweltproblem, sondern wirkt sich auch stark auf die nachhaltige Entwicklung aus. Dem Bericht zufolge sind weltweit benachteiligte und schutzbedürftige Bevölkerungsgruppen, indigene Völker und von der Land- oder Küstenwirtschaft abhängige lokale Gemeinschaften überproportional gefährdet.<sup>16</sup>

Ohne eine schnelle und deutliche Verringerung der Treibhausgas-Emissionen weltweit wird der Klimawandel ungehindert fortschreiten und das Erreichen der 17 Nachhaltigkeitsziele (SDG) der UNO-Generalversammlung wird in weite Ferne rücken. Bei einem Anstieg der Durchschnittstemperatur um mehr als 2°C wird eine Welt ohne Armut (Ziel 1), Hunger (Ziel 2) und Wasserknappheit (Ziel 3) ebenso unerreichbar werden wie das universale Recht auf Gesundheit (Ziel 3) und Bildung (Ziel 4). Im Umkehrschluss könnten die Massnahmen zur Begrenzung der Erderwärmung Hand in Hand gehen mit Anstrengungen zur Beseitigung von Ungleich-

13 UNEP (2019): Emission Gap Report 10 year summary, [www.unep.org/resources/emissions-gap-report-10-year-summary](http://www.unep.org/resources/emissions-gap-report-10-year-summary)

14 Brot für die Welt (2019), «Durch eine angemessene Klimarisikofinanzierung muss die Lücke im Schutz vor klimabedingten Verlusten und Schäden geschlossen werden», [www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/2\\_Downloads/Fachinformationen/Analyse/ClimateFinance\\_LossDamage.pdf](http://www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/2_Downloads/Fachinformationen/Analyse/ClimateFinance_LossDamage.pdf)

15 Heinrich Böll Stiftung (2021), «Auf der COP26 setzen sich Scheinlösungen gegenüber echten Ambitionen durch», [www.boell.de/en/2021/12/16/false-solutions-prevail-over-real-ambition-cop26](http://www.boell.de/en/2021/12/16/false-solutions-prevail-over-real-ambition-cop26)

16 IPCC (2018). 1.5°C-Bericht

heit und Armut. Dieser Umstand fand erneut Berücksichtigung im IPCC-Sonderbericht Klimawandel und Landsysteme<sup>17</sup>, in dem es beispielsweise heisst, dass Klimaschutz- und Klimaanpassungsmassnahmen auch zur Bekämpfung von Wüstenbildung und Bodendegradation sowie zur Verbesserung der Ernährungssicherheit beitragen können.

---

17 IPCC (2019). Sonderbericht Klimawandel und Landsysteme



## 3. Die verschiedenen Dimensionen der Klimagerechtigkeit

### 3.1 Klimagerechtigkeit nach dem Verständnis des HEKS

Für HEKS bedeutet Klimagerechtigkeit, dass jeder Mensch dasselbe Grundrecht auf eine sichere, saubere und gesunde Umwelt hat. Fakt ist, dass etwa die Einwohner:innen von Bangladesch durchschnittlich 0,54 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Kopf und Jahr freisetzen, die Einwohner:innen der Schweiz jedoch 14 Tonnen. Dass die Menschen in Bangladesch dennoch weit stärker unter den Folgen des Klimawandels zu leiden haben, führt das Ausmass der Klima-Ungerechtigkeit in aller Deutlichkeit vor Augen: Jene, die für den Klimawandel am wenigsten verantwortlich sind, tragen am schwersten an dessen Folgen.

Vor dem Hintergrund der Verantwortung für eine intakte Natur, die das Leben aller Menschen auf dem Planeten dauerhaft gewährleistet, bedeutet Klimagerechtigkeit, dass auf der einen Seite die Menschheit ihre Emissionen drastisch und zügig verringert und dass auf der anderen Seite die Lasten der Folgen des Klimawandels gerecht verteilt werden. Dementsprechend obliegt es dem Globalen Norden, der mit seiner historischen Emissionsschuld die Hauptverantwortung für den Klimawandel trägt und der in Anbetracht seiner Wirtschaftskraft auch die Mittel dazu hat, ärmere Länder angemessen bei einer treibhausgasarmen Entwicklung sowie bei der Anpassung und der Bewältigung von Klimafolgeschäden zu unterstützen. Gleichzeitig müssen neue Risiken, die im Zusammenhang mit technischen Klimaschutzlösungen drohen, etwa Menschenrechtsverletzungen infolge von Landnahmen, möglichst vermieden und minimiert werden. Klimagerechtigkeit verknüpft Menschenrechte und Entwicklung zu einem Konzept, bei dem der Mensch im Mittelpunkt steht, sie schützt die Rechte der Schwächsten in der Gesellschaft und sorgt für eine gerechte Lastenverteilung. Das Konzept der Klimagerechtigkeit stützt sich auf wissenschaftliche Erkenntnisse, reagiert auf diese und respektiert die Notwendigkeit einer gleichberechtigten Verantwortung für die Ressourcen der Erde.

Die Frage der Klimagerechtigkeit hat auch eine generationsübergreifende Dimension: Schränken ältere Generationen mit dem von ihnen verursachten Klimawandel die Möglichkeiten jüngerer Generationen zur angemessenen Deckung ihrer Bedürfnisse ein, so missachten sie das Gebot der Generationengerechtigkeit. Diesen Vorwurf gegenüber ihren Eltern und Grosseltern erheben die jungen Teilnehmer:innen der Protestbewegung «Fridays for Future» berechtigterweise lautstark.

HEKS ist fest davon überzeugt, dass ein auf den rechtsbasierten Ansatz gestütztes Klimagerechtigkeitskonzept dazu beitragen kann, dass die Lösungen von lokalen, traditionellen und indigenen Gemeinschaften als wichtiger Beitrag zur Bewältigung der Klimakrise für die Menschheit als Ganzes gesehen werden. HEKS fordert zudem die angemessene Unterstützung der Schwächsten bei der Anpassung und der Bewältigung der Folgen des Klimawandels. In der Schweiz sensibilisiert HEKS die Öffentlichkeit für den globalen Zusammenhang zwischen Ursachen und Folgen der Klimakrise und fordert mutige Strategien und Massnahmen zur deren Bekämpfung.

## Klimawandel und Entwicklung

### 3.2 Klimawandel und soziale Ungleichheit

Inwieweit Personen oder Bevölkerungsgruppen sich an die negativen Folgen des Klimawandels anpassen können, ist abhängig von Faktoren wie Einkommen, Vermögen, Ethnie, Gesellschaftsschicht, Wohnlage sowie Vertretung und Mitsprache auf politischer Ebene. Einkommensschwache Menschen, indigene Gemeinschaften oder gesellschaftlich diskriminierte und marginalisierte Bevölkerungsgruppen besitzen – wenn überhaupt – nur wenige Mittel zur Anpassung an den Klimawandel und sind daher durch dessen Folgen besonders gefährdet. In Armut oder prekären Verhältnissen lebende Menschen verfügen in der Regel weder über die finanziellen Mittel noch über den Versicherungsschutz, die bzw. den man für einen Wiederaufbau nach Umweltkatastrophen benötigt. Zudem sind sie oft schlecht informiert und haben wenig Kenntnisse über ihre Rechte, weshalb sie sich weniger gut gegen die Folgen des Klimawandels wappnen können und häufig weniger Katastrophen- und Wiederaufbauhilfen erhalten. In politische und andere Entscheidungsprozesse mit Bezug auf den Klimawandel oder die Katastrophenvorsorge sind sie meist weniger stark einbezogen als andere Bevölkerungsgruppen. Dieses Ungleichgewicht vergrössert die Gefahren für benachteiligte Gruppen und mindert deren Fähigkeit, sich von den entstandenen Schäden zu erholen.<sup>18</sup>

Der Klimawandel droht die Ungleichheit weiter zu vergrössern. Diese Erkenntnis bestätigte bereits der Fünfte Sachstandsbericht der IPCC im Jahr 2014.<sup>19</sup> Darin heisst es, dass gesellschaftlich und geografisch benachteiligte Menschen von Klimagefahren besonders stark betroffen seien und dass die Lebensgrundlagen von benachteiligten Menschen durch die Zunahme von Extremwetterereignissen so weit zerstört würden, dass die Ungleichheit weiter verschärft werde. Dies bestätigen auch die Daten, die für den Bericht über die Menschliche Entwicklung 2019 (Human Development Report 2019) erhoben wurden.

Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, ist es entscheidend, benachteiligte Gruppen in Planungs- und Politikgestaltungsprozesse miteinzubeziehen und auch Minderheiten den Zugang zu Finanzmitteln zu ermöglichen, die sie zur Vorbereitung auf Extremwetterereignisse und zur Anpassung an Klimaveränderungen benötigen. HEKS setzt sich dafür ein, dass Klima- und Katastrophenresilienz nicht jenen vorbehalten bleibt, die sie sich finanziell leisten können. Daher fördert HEKS den Dialog zwischen marginalisierten und besonders gefährdeten Gruppen einerseits und kommunalen, regionalen und nationalen Behörden andererseits, um eine gerechte, dem Klimawandel entgegenwirkende Politik und Finanzplanung zu fördern und um den am stärksten gefährdeten Menschen den Zugriff auf Mittel und Methoden zur Anpassung an den Klimawandel (klimaresiliente Landwirtschaft, Frühwarnsysteme usw.) zu erleichtern.

18 Nazrul Islam and Winkel (2017): Climate Change and Social Inequality, DESA Working Paper No. 152, [www.un.org/esa/desa/papers/2017/wp152\\_2017.pdf](http://www.un.org/esa/desa/papers/2017/wp152_2017.pdf)

19 IPCC (2014): Fünfter Sachstandsbericht, [www.ipcc.ch/report/ar5/wg2/](http://www.ipcc.ch/report/ar5/wg2/)

## Bangladesch: Ethnische Minderheit der Adibashi in inländische Klimaschutzkonzepte integrieren

Bangladesch ist besonders stark von den Folgen des Klimawandels betroffen. Der grösste Teil des Landes liegt im Delta grosser Flüsse wie Ganges und Brahmaputra – nur wenige Meter über den Meeresspiegel. 20 bis 35 Prozent der Fläche werden jedes Jahr überschwemmt, was immer wieder Millionen von Menschen in Not bringt. Aber nicht nur im Süden des Landes, sondern auch im Norden von Bangladesch, wo HEKS hauptsächlich tätig ist, zeigen sich die Auswirkungen des Klimawandels in immer verheerenderer Weise – mit zunehmender Dürre und Wassermangel in den Wintermonaten und mit mehr Überflutungen während des Monsuns.



Adibashi-Gemeinschaften, die hauptsächlich in der hochgelegenen Barind-Region im Nordwesten Bangladeschs leben, sind wegen ihrer sozialen, wirtschaftlichen und politischen Ausgrenzung unverhältnismässig stark von den Auswirkungen der zunehmenden Trockenheit und den steigenden Temperaturen betroffen. Die Sensibilisierung der Adibashi-Gemeinden für den Klimawandel und seine Auswirkungen auf ihr Leben und ihre Lebensgrundlagen ist daher ein wichtiger Bestandteil der Aktivitäten zur Anpassung an den Klimawandel im HEKS-Programm Bangladesch.

Gemeinsam mit den Adibashi-Gemeinschaften werden Klimagefahren, Anfälligkeit, Ressourcen und Kapazitäten zur Anpassung eingeschätzt und der Resilienzstärkungsbedarf analysiert. Basierend auf diesen Analysen unterstützen die HEKS-Partnerorganisationen die Adibashi im Dialog mit den Behörden auf lokaler Ebene, um eine klimagerechte Planung und Budgetierung zu erreichen. Beispielsweise soll sichergestellt werden, dass die Adibashi-Gemeinden in den lokalen Zivilschutzplänen berücksichtigt sind und im Falle einer Katastrophe Unterstützung erhalten, was bislang nicht der Fall war. Oder sie sollen staatliche Gelder erhalten, um sich besser auf Katastrophenereignisse vorzubereiten und sich an langfristige Veränderungen anpassen zu können. Auf regionaler und nationaler Ebene setzt sich HEKS dafür ein, dass die Anliegen von Minderheiten in bestehenden und künftigen Klimawandelstrategien, -politiken, -aktionsplänen und -investitionen einbezogen werden, im Sinne der nachhaltigen Entwicklungsziele, die niemanden zurücklassen sollen («Leave no one behind»).

### 3.3 Klimawandel und Landsysteme

In seinem Sonderbericht Klimawandel und Landsysteme<sup>20</sup> hat der Weltklimarat deutlich auf die Bedeutung der Landnutzung für die Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens hingewiesen. Durch die Sicherung von Landnutzungsrechten von indigenen und traditionellen Gemeinschaften, den Schutz und die Wiederherstellung natürlicher Ökosysteme (Wälder, Moore, Savannen usw.) und die Herbeiführung einer ökologischen Wende in Landwirtschaft und Ernährung lassen sich nicht nur beim Klimaschutz, sondern auch beim Erhalt der biologischen Vielfalt und bei der Überwindung von Armut und Hunger wesentliche Fortschritte erzielen.<sup>21</sup> Darüber hinaus bieten traditionelle Landnutzungspraktiken und indigenes Wissen ein grosses Potenzial für eine erfolgreiche Anpassung an den Klimawandel. Indigene Völker und traditionelle Gemeinschaften sind mit den Ökosystemen ihrer Heimat vertraut und imstande, Umweltveränderungen zu antizipieren und auf sie zu reagieren. Dies ermöglicht es ihnen, von den vorhandenen natürlichen Ressourcen nachhaltig zu leben und sich gleichzeitig an Dürren, Überschwemmungen und andere klimatische Veränderungen anzupassen. Grosse Kohlendioxid-Speicher und etwa 80 Prozent der weltweit verbliebenen biologischen Vielfalt werden

20 IPCC (2019): Sonderbericht Klimawandel und Landsysteme

21 Climate Land Ambition and Rights Alliance (CLARA) (2018): Missing Pathways to 1.5°C, [www.climatelandambitionrightsalliance.org/report](http://www.climatelandambitionrightsalliance.org/report)

von indigenen und lokalen Gemeinschaften auf gemeinschaftlich genutztem Grund und Boden nachhaltig bewirtschaftet und geschützt.<sup>22</sup> Allerdings leiden auch diese Gemeinschaften immer stärker unter den schnellen, unerwarteten und ihre Traditionen aus dem Gleichgewicht bringenden klimatischen Veränderungen. Zudem verschärft sich wegen der fortschreitenden Umweltzerstörung vielerorts der Wettbewerb um begrenzte Ressourcen wie Land, Wald und Wasser. Der Klimawandel führt zum zunehmenden Verlust von Ackerflächen und verschlimmert so die bestehende Bodenknappheit.

Auch der wachsende Einfluss von technischen Lösungen in der Klimaschutzpolitik birgt grosse Risiken für den Landsektor: Viele Klimaschutzpläne enthalten grossräumige Wiederaufforstungsprojekte und den massiven Ausbau der Bioenergie mitsamt Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid (Carbon Capture and Storage), was weltweit eine drastische Zunahme des Bedarfs an Land und anderen natürlichen Ressourcen wie beispielsweise Wasser zur Folge haben wird. Dies wiederum wird sich nachteilig auf Ernährungssicherheit, Lebensgrundlagen und die wichtigen Ökosystemdienstleistungen der Natur auswirken. Die damit einhergehenden Land- und Ressourcennutzungskonflikte werden vorwiegend im Globalen Süden ausgetragen werden und möglicherweise gravierende soziale und ökologische Schäden nach sich ziehen.<sup>23</sup>

HEKS setzt sich zusammen mit in- und ausländischen Partnern für den Schutz der Landrechte und Lebensräume lokaler Gemeinschaften und indigener Völker ein. Trotz dem begrüssenswerten wachsenden Interesse an traditionellem Wissen und dessen Nutzung für Konzepte zur Anpassung an den Klimawandel muss dafür gesorgt sein, dass dieses Interesse und diese Nutzung im Einklang stehen mit dem Recht von Minderheiten und indigenen Völkern auf Teilhabe (free prior informed consent) und ihrem Recht auf Bewahrung ihres Grund und Bodens. HEKS unterstützt Gemeinschaften zudem beim Schutz und bei der Stabilisierung der von ihnen bewirtschafteten Ökosysteme: Traditionelle Bewirtschaftungssysteme werden gestärkt und angepasste Methoden zur Wiederherstellung von degradiertem Land und Wäldern eingeführt. HEKS arbeitet dabei mit besonders gefährdeten Gruppen wie etwa den Pastoralisten zusammen und unterstützt sie beim Schutz und Erhalt ihres natürlichen Lebensraums.

### **Äthiopien: Pastoralisten vom Volk der Borana – Hüter:innen der biologischen Vielfalt und gesunder Ökosysteme**

Für das Viehzüchter-Volk der Borana, welches im semiariden Tiefland von Äthiopien lebt, gehörten längere Trockenperioden und Dürren schon immer zum Lebensalltag. Über die Jahrhunderte hat sich dort ein gemeinschaftliches Produktionssystem entwickelt, das die knappen Weidegründe und Wasserressourcen in der Region nachhaltig nutzt und gegenüber klimatischen Schwankungen sehr widerstandsfähig ist. Die Borana ziehen mit ihrem Vieh je nach Jahreszeit in unterschiedliche Gebiete. Auf diese Weise können sich die Weide- und Wasserressourcen immer wieder ausreichend regenerieren und so stehen während der nächsten Weideperiode wieder genügend Futter und Wasser zur Verfügung stehen.



Doch dieses traditionelle Bewirtschaftungssystem droht wegen des immer rascher fortschreitenden Klimawandels und der damit einhergehenden Degradierung des Weidelandes und wegen des Bevölkerungswachstums immer mehr aus dem Gleichgewicht zu geraten. Zudem fehlt den Borana die formale Anerkennung von Eigentums- oder Nutzungsrechten an ihren Weideflächen.

22 Minority Rights Group (2019): Minority and indigenous trends 2019 – Focus Climate Justice, <https://minorityrights.org/wp-content/uploads/2019/06/MRG-Key-Trends-Report-2019-FINAL-1.pdf>

23 CLARA (2018)

Gemeinsam mit der zivilgesellschaftlichen Borana-Organisation «Gayo Pastoralist Development Initiative» (GPD) unterstützt HEKS die Borana dabei, die entscheidende Bedeutung ihrer traditionellen Bewirtschaftungsmethoden für die Resilienz sowohl der Region als auch ihres Volkes zu bewahren. Gegenüber regionalen Regierungsinstitutionen setzt sich das Projekt für die Einbeziehung der traditionellen Institutionen der Borana in alle Land-Gouvernanz-Prozesse und in die formale Anerkennung ihres Weidenutzsystems ein. Über diese Mitbestimmungskomponente hinaus will das Projekt die Fähigkeit der Pastoralisten in Borana zu einer vorausschauenden Anpassung stärken. Durch Massnahmen des nachhaltigen Landmanagements (Erosionsschutz, Gras- und Strauch-, Baumpflanzungen) werden besonders stark degradierte Flächen in den Weidegebieten rehabilitiert. Im Sinne einer besseren Vorsorge erstellen die stammeseigenen Wetterkundler:innen und studierte Meteorolog:innen im Rahmen des Projekts gemeinsam Wettervorhersagen für die gesamte Region. Diese dienen als Entscheidungsgrundlage, um Vorkehrungen für die nächste Vegetationsperiode treffen zu können, beispielsweise über die optimale Fruchtfolge oder den besten Zeitpunkt für den Verkauf von Vieh.

### **Senegal: Schutz und Aufforstung von Mangrovenwäldern im Kampf gegen den steigenden Meeresspiegel**

Im Sine-Saloum-Delta im Senegal trägt HEKS zusammen mit der Partnerorganisation «Association pour la Promotion des Initiatives Locales» (APIL) zum Erhalt und der Wiederaufforstung der Küstenmangroven bei. Mangrovenwälder zählen zu den produktivsten und wertvollsten Ökosystemen der Erde; sie filtern Schadstoffe aus dem Wasser, dienen der Küstenbevölkerung als Nahrungs- und Rohstoffquelle und schützen sie vor Folgen des Klimawandels wie etwa immer stärker werdenden Stürmen, Versalzung und Küstenerosion aufgrund des Anstiegs des Meeresspiegels. Zudem sind Mangroven wichtig für den Klimaschutz, da sie fünf Mal mehr Kohlendioxid speichern als terrestrische Wälder.



Die Mangrovenwälder im Saloum-Delta wurden in der Vergangenheit Stück für Stück abgeholzt zur Gewinnung von, Feuerholz, und der Klimawandel beschleunigt diesen Prozess zunehmend. Die Menschen in den Küstenregionen verlieren damit auch ihre wirtschaftliche Lebensgrundlage.

Ziel des Projektes ist es, die Küstenbevölkerung im Delta, insbesondere Frauen, dabei zu unterstützen, ihr Küstenökosystem als Lebensgrundlage zu erhalten, wiederherzustellen und nachhaltig zu nutzen und sie damit widerstandsfähiger gegen die zukünftigen Auswirkungen des Klimawandels zu machen, die ihre Lebensgrundlage bedrohen. In jedem Dorf wird in einem partizipativen Prozess unter der Moderation der HEKS-Partnerorganisation «APIL» und HEKS ein Schutz- und Wiederherstellungsplan aufgestellt. Es werden Dorfkomitees gebildet, die für die Umsetzung und Einhaltung der Pläne verantwortlich sind. Um die Mangroven vor der Abholzung zu schützen, pflanzt die Bevölkerung jedes Dorfes zudem auf einer kleinen Fläche schnell wachsende Bäume, die auf Haushaltsebene als Brennholz genutzt werden.

Gleichzeitig wird mit dem Projekt der Einsatz lokal verfügbarer, energieeffizienter Küchenherde gefördert, um den Holzverbrauch zum Kochen und die Kohlenstoffemissionen zu senken. Um die Resilienz der Küstenbevölkerung im Saloum-Delta weiter zu erhöhen, hat das Projekt auch die ökologische Produktion und Verarbeitung von Meeresfrüchten und deren Vermarktung zu fairen Preisen zum Ziel.

### 3.4 Klimawandel und Energiewende

Eine energiewirtschaftliche Wende hin zu sauberer Energie aus erneuerbaren Quellen ist Voraussetzung für den graduellen Ausstieg aus fossilen Brennstoffen und die Bekämpfung der Klimakrise. Dieser Übergang darf jedoch nicht auf Kosten der Armen und Schwachen im Globalen Süden erfolgen.<sup>24</sup> Der grosse Flächenbedarf für Wind-, Wasser- und Solarkraftwerke führt oftmals zu «Landraub» zu Lasten der betroffenen Gemeinschaften, und die explodierende Nachfrage nach Metallen zur Herstellung von Akkus für Elektroautos und Sonnenkollektoren erhöht die schon jetzt bestehende Gefahr von Menschenrechtsverletzungen in der Rohstoffindustrie. Ein grosser Anteil der Batteriemetalle wird in Ländern mit hoher Armutsquote und schlechter Verwaltungsstruktur gewonnen. Der Bergbau führt zu Umsiedelung ganzer Ortschaften, zu Verletzung der Rechte indigener Gemeinschaften, zu Zerstörung von Anbauflächen und zu Verschmutzung von Wasservorkommen. Die negativen Folgen für die Sicherheit und Gesundheit der einheimischen Bevölkerung sind weithin belegt. Der Bedarf an wichtigen Batteriemetallen wie Lithium und Kobalt dürfte bis zum Jahr 2050 um das Vier- bis Fünffache wachsen.<sup>25</sup> Wird die auf fossilen Brennstoffen fussende Wirtschaft lediglich abgelöst von einer Wirtschaftsform, die auf erneuerbaren Energien gründet, ohne dass parallel die Verbrauchs- und Produktionsmengen sinken, dann wird die Nachfrage nach Rohstoffen trotz höherer Effizienz und einem Zuwachs des Recyclinganteils, die man sich von neuen Technologien verspricht, weiter steigen.<sup>26</sup>

HEKS unterstützt lokale Gemeinschaften in Bergbaugebieten und setzt sich dafür ein, dass Unternehmen, die Menschenrechte und Umweltstandards verletzen, zur Rechenschaft gezogen werden. Gleichzeitig werden die Fahrzeug- und Batteriehersteller sowie die Investoren und die öffentlich-rechtlichen Beschaffungsstellen in der Schweiz an ihre Pflicht zur Kontrolle der Einhaltung von Menschenrechten in ihren Liefer- und Wertschöpfungsketten erinnert. Darüber hinaus fordert HEKS die Politik in der Schweiz zur Förderung einer Kreislaufwirtschaft einschliesslich die Wiederverwendung und Wiederverwertung von Batterien und Rohstoffen auf, um so die Risiken und die negativen Folgen für die Bevölkerung in den Bergbaugebieten zu mindern. Zu guter Letzt fördert HEKS eine Energiewende unter der Prämisse «Saubere Energie ohne schmutzigen Bergbau». Verbraucher und Politik in der Schweiz sind aufgefordert, verkehrspolitische Alternativen (Velo, Fahrgemeinschaften, öffentliche Verkehrsmittel) zu entwickeln, um den motorisierten Individualverkehr und damit den umwelt- und gesundheitsschädlichen Abbau von Rohstoffen zu reduzieren.

#### Demokratische Republik Kongo: Für eine menschenrechtliche Sorgfaltspflicht in der Kobaltindustrie

Kobalt ist ein wichtiges Ausgangsprodukt für die Batterieherstellung und kommt fast ausschliesslich in der Demokratischen Republik Kongo (DRC) vor. Abbau und Verkauf liegen grösstenteils in der Hand relativ kleiner Unternehmen aus Ländern wie China, Libanon und Indien, aber auch international tätiger Grosskonzerne, die seit Jahren in der öffentlichen Kritik stehen. Die Klagen richten sich gegen die Verschmutzung von Flüssen durch Giftstoffe aus den Bergwerken bis hin gegen die Verödung von Feldern und Gärten mit entsprechenden Ernteaussfällen.



Die Vergabe der Bergbaurechte erfolgt häufig unter fragwürdigen Umständen. Die lokale Bevölkerung wird verdrängt oder umgesiedelt, ohne hinreichende Entschädigungsleistungen für einen Neubeginn zu

24 War on want (2019): A Just(ice) Transition is a Post-Extractive Transition, [https://waronwant.org/sites/default/files/Post-Extractivist\\_Transition\\_WEB\\_0.pdf](https://waronwant.org/sites/default/files/Post-Extractivist_Transition_WEB_0.pdf)

25 World Bank (2020): Minerals for Climate Action, The Mineral Intensity of the Clean Energy Transition, <https://pubdocs.worldbank.org/en/961711588875536384/Minerals-for-Climate-Action-The-Mineral-Intensity-of-the-Clean-Energy-Transition.pdf>

26 War on want (2021): A Material Transition, [https://waronwant.org/sites/default/files/2021-03/A%20Material%20Transition\\_report\\_War%20on%20Want.pdf](https://waronwant.org/sites/default/files/2021-03/A%20Material%20Transition_report_War%20on%20Want.pdf)

erhalten. Gut 20 Prozent des in der Demokratischen Republik Kongo abgebauten Kobalts entfallen auf Kleinbetriebe, die teilweise verdeckte Niederlassungen von Grossunternehmen sind. Gewaltsame und sogar tödliche Auseinandersetzungen mit deren Sicherheitspersonal sind keine Seltenheit. Zudem werden in den Stollen der Kleinbetriebe, in denen grösstenteils von Hand gegraben wird, kaum Sicherheitsvorkehrungen getroffen, sodass schwere Unfälle zur Tagesordnung gehören. Die Kleinbetriebe sind auch berüchtigt für Kinderarbeit, die in der Demokratischen Republik Kongo weit verbreitet ist.

HEKS unterstützt Organisationen in der Demokratischen Republik Kongo, die Recherchen über Menschenrechtsverletzungen von Bergbaugesellschaften anstellen und publik machen und den betroffenen Personengruppen Rechtsbeistand leisten. In der Schweiz setzt sich HEKS für verbindliche Regelungen zur Achtung der international vereinbarten menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht in den Lieferketten multinationaler Schweizer Unternehmen ein.

Mehr: <https://stories.bfa-fo.ch/im-schatten-des-kobaltbooms/>

### 3.5 Klimawandel und Ernährungssysteme

Rund ein Viertel der globalen Treibhausgas-Emissionen stammt aus der Landwirtschaft und der mit ihr verbundenen Umnutzung von Grund und Boden. Die Rodung von Wäldern, die Umwandlung von Feuchtgebieten oder Weideland in Ackerland, der Einsatz von Kunstdünger und schweren Landmaschinen sowie die intensive Viehhaltung tragen in hohem Masse zum Ausstoss von Treibhausgas-Emissionen und zum grossräumigen Rückgang der biologischen Vielfalt bei. Berücksichtigt man neben der Erzeugung auch die Verarbeitung, Lagerung, Beförderung und Verschwendung von Lebensmitteln, so beläuft sich der Anteil des Ernährungssystems an den globalen Treibhausgasemissionen auf rund 40 Prozent. Zwischen 1961 und 2016 haben sich die Treibhausgas-Emissionen der Landwirtschaft als Folge der Intensivierung des Sektors sogar verdoppelt.

Gleichzeitig leidet die landwirtschaftliche Produktion stark unter den Folgen des Klimawandels: Die Veränderung des Wasserhaushalts aufgrund neuer, unvorhersehbarer Niederschlagsmuster, Extremwetterereignisse wie Starkregen und Dürren, aber auch die Ausbreitung von Pflanzenschädlingen und -krankheiten beeinträchtigen die Produktivität der Landwirtschaft massiv. Schon heute leben 500 Millionen Menschen in Regionen mit fortschreitender Wüstenbildung und einer daraus resultierender Wasser- und Nahrungsmittelknappheit. Es ist zu erwarten, dass in manchen Gebieten zukünftig keine Landwirtschaft mehr betrieben werden kann.

Ein grundlegender Wandel in der Art und Weise, wie wir Nahrungsmittel erzeugen und verbrauchen, birgt im Kampf gegen den Klimawandel grosses Potenzial. Durch die Förderung einer gesunden, auf Pflanzen basierten Ernährungsweise und durch die Einschränkung des Konsums von Fleisch- und Milchprodukten würden Flächen zur Rekultivierung frei. Die Abnahme des Viehbestandes liesse eine nachhaltige Nutzung natürlicher Grünflächen zu (regenerative Weidewirtschaft), was zur Bindung von Kohlendioxid im Boden beitragen würde. Weitere Möglichkeiten zur Emissionsminderung ergäben sich aus der Verringerung von Lebensmittelverlusten und Lebensmittelverschwendung, der Verkürzung der Lebensmitteltransportwege und dem Verzicht auf fossile Brennstoffe zur Beheizung von Gewächshäusern.

HEKS und seine Partnerorganisationen unterstützen die kleinbäuerliche Landwirtschaft etwa mit der Einführung und Verbreitung agrarökologischer Konzepte, die massgebend zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels beitragen. Die Agroökologie fördert einerseits die Diversifizierung der Produktion und sorgt andererseits dafür, dass im Falle klimabedingter Ernteauffälle bei einzelnen Produkten andere Erzeugnisse weiter geerntet werden können und die Lebensgrundlage damit gesichert werden kann. Betriebswirtschaftliche Alternativen wie etwa Kleintierzucht, Imkerei oder Seifenherstellung helfen ebenfalls, potenzielle Verluste von landwirtschaftlichen Erzeugnissen auszugleichen. Weitere Möglichkeiten landwirtschaftlicher Betriebe zur Erhöhung ihrer Flexibilität sind der Aufbau einer betriebsinternen Kreislaufwirtschaft sowie die Konzentration auf lokale, kleinräumige Absatzmärkte. Die Agrarökologie verlangt zudem gerechte wirtschaftliche Bedingungen für alle an der Wertschöpfungskette Beteiligten und die politische Förderung des Ausgleichs zwischen den ökologischen, ökonomischen und sozialen Aspekten der Nahrungsmittelproduktion. Der agroökologische Wandel bedingt auch, dass lokale Gemeinschaften und insbesondere Frauen und indigene Völker darüber mitbestimmen, wie Lebensmittel produziert, verkauft und konsumiert werden sollen. Zusammen können diese Veränderungen eine starke Reduktion von Treibhausgas-Emissionen im Ernährungssystem bewirken.

In der Schweiz sind die Auswirkungen der Landwirtschaft auf die Treibhausgas-Emissionen agrarpolitisch bislang nur ein Randthema. Politische Rahmenbedingungen, die Anreize zur Emissionsminderung setzen, existieren noch nicht. HEKS ruft daher gemeinsam mit gleichgesinnten Organisationen, die sich mit dem Thema der Agrarökologie beschäftigen, zu einer Umstellung auf gerechte und nachhaltige Ernährungssysteme auf, die weltweit Machtstrukturen aufbrechen, den Hunger bekämpfen und die Folgen des Klimawandels für gefährdete Gemeinschaften im Globalen Süden mindern können.

### **Niger: Stärkung der Ernährungssicherheit trotz Temperaturanstiegs und fortschreitender Wüstenbildung**

In der semiariden Region Maradi im Süden der Republik Niger hatte die Bevölkerung zwar schon immer mit Wasserknappheit zu kämpfen, doch in den vergangenen 40 Jahren hat die Häufigkeit von Dürreperioden infolge des stetigen Temperaturanstiegs deutlich zugenommen. Dies hat im Zusammenspiel mit der zunehmend ungleichen Verteilung von Niederschlägen, der fortschreitenden Wüstenbildung und dem verstärkten Schädlingsbefall zu sinkenden Ernteerträgen bei den zwei Grundnahrungsmitteln Hirse und Bohne geführt.



Um sich besser an den Temperaturanstieg und seine Folgen anzupassen und die Ernteerträge zu steigern, unterstützen HEKS und seine Partnerorganisation «Sahel Bio» 1500 Bauern beim versuchsweisen Anbau verbesserter regionaler Hirse- und Bohnensorten unter Anwendung agroökologischer Anbaumethoden. Es handelt sich um schnell reifende Frühsorten mit einer höheren Hitzeresistenz. Die Pflanzung erfolgt mit unterschiedlichen Anbaumethoden von der Mono- über die Mischkultur bis hin zur traditionellen Zai-Methode, bei der zur Erhöhung der Wasseraufnahmefähigkeit ein Pflanzloch gegraben wird. Darüber hinaus wird zur Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit das Einbringen von Kompost gefördert. Zur Schädlingsbekämpfung verwenden die Kleinbauern ein selbst hergestelltes natürliches Pestizid aus dem Neembaum sowie eine Schlupfwespenart gegen die hochgradig schädliche Raupe des Maiszünslers. Die am Pilotprojekt beteiligten Kleinbauernfamilien dokumentieren Entwicklung, Wachstum und Ernteerträge der auf ihren Feldern ausgebrachten Neuzüchtungen. Die Ergebnisse sind vielversprechend: Die Kleinbauernfamilien konnten mit den angewandten Methoden ihre Ernteerträge vervierfachen und können sich mit der eigenen Hirse bis zu neun Monate im Jahr ernähren. Zuvor reichte die Erntemenge gerade einmal für drei Monate. Die Bohnenerträge fallen sogar höher aus als der Eigenbedarf, sodass die Bauern mit dem Verkauf des Ernteüberschusses auf dem Markt ein Zusatzeinkommen erzielen.

## **3.6 Klimawandel und Geschlechtergerechtigkeit**

Die Auswirkungen des Klimawandels sind nicht geschlechtsneutral. Zwar sind sowohl Frauen als auch Männer von Katastrophen und Ernteaufschlägen in der Landwirtschaft betroffen, doch ist diese Betroffenheit wegen bestehender gesellschaftspolitischer Belastungsfaktoren unterschiedlich stark ausgeprägt. Zu diesen Faktoren zählen etwa die Rollenverteilung innerhalb der Gesellschaft, die Geschlechtertrennung in der Berufswelt und kulturelle Normen. Folglich sind es in erster Linie Frauen, die die Lasten von Extremwetterereignissen und anderen Klimawandelfolgen zu tragen haben; etwa eine erhöhte Arbeitsbelastung, Unterernährung oder die Zunahme häuslicher Gewalt, was sich letztlich in einem erhöhten Erkrankungs- und Sterberisiko niederschlägt.<sup>27</sup>

27 Weltorganisation für Meteorologie (2019), Gendered Impacts of Weather and Climate: Evidence from Asia, Pacific and Africa, [https://library.wmo.int/doc\\_num.php?explnum\\_id=10106](https://library.wmo.int/doc_num.php?explnum_id=10106)

Auf der anderen Seite bietet der Klimawandel eine Chance für einen Wandel in den Geschlechterrollen und den Beziehungen zwischen den Geschlechtern. Der Klimawandel bedingt auch, dass Frauen und Männer sich neue Betätigungsfelder mit entsprechend veränderten Rollen in Familie und Gesellschaft erschliessen. Beispielsweise übernehmen Frauen in traditionellen Gemeinschaften Rollen, die eigentlich den Männern vorenthalten wären, die diese aber nicht wahrnehmen können, weil sie aufgrund von klimabedingten Ereignissen temporär migrieren mussten. Darüber hinaus sind Frauen wichtige Akteurinnen im Kampf gegen die Erderwärmung. Sie spielen oft eine Hauptrolle bei der Suche nach kreativen und effektiven Lösungen zur Stärkung der Anpassungsfähigkeit in ihrem Umfeld. Aus der Mitwirkung oder Federführung von Frauen bei der Planung und Umsetzung von Klimaschutzmassnahmen gehen Strategien hervor, die sowohl klimabedingte Gefahren mindern, als auch die Hindernisse für eine vollständige Gleichberechtigung reduzieren. Dies wiederum begünstigt auf längere Sicht das Vorantreiben von sozialer Gerechtigkeit. Die Mitwirkung von Frauen an klimapolitischen Verhandlungen und Entscheidungen muss sowohl auf nationaler wie auch auf globaler Ebene ausgebaut werden. Dazu sind Geschlechterparität und eine Erhöhung des Führungskräfteanteils von Frauen in Staatsorganen sowie die Zusammenarbeit mit Frauenrechtsorganisationen anzustreben, die bei der Bekämpfung der Klimakrise an vorderster Front stehen.<sup>28</sup>

Das von HEKS in Zusammenarbeit mit Brot für die Welt (BfdW) entwickelte Instrument zur partizipativen Analyse von Klima- und Katastrophenrisiken (Participatory Assessment of Climate and Disaster Risk, Abk. PACDR) ermöglicht eine systematische Auswertung der unterschiedlichen Wahrnehmung der Risiken und Folgen des Klimawandels von Frauen und Männern und die Planung entsprechender Massnahmen zur Stärkung der Anpassungsfähigkeit. Die Analyse kann dazu beitragen, frauenspezifische Interessen in den Plänen zur Bekämpfung des Klimawandels strategisch besser zu berücksichtigen.

## Klimawandel und Krisen

### 3.7 Klimawandel und Konflikte

Konflikte wirken sich negativ auf die soziale, politische und wirtschaftliche Ordnung eines Landes aus. Sie fördern die Ungleichheit, hemmen die Entwicklung und fordern Menschenleben. Länger andauernde Konflikte hinterlassen bleibende Spuren sowohl beim Einzelnen als auch in der Gesellschaft. Klimawandel und Umweltzerstörung verschlimmern die Lage in Krisen- und Konfliktgebieten zusätzlich. Die Kombination von Klimarisiken und Konflikten verschlechtert die Ernährungssicherheit, vergrössert die wirtschaftliche Unsicherheit, verstärkt bestehende Diskrepanzen beim Gesundheitszustand der Bevölkerung, schränkt die Versorgung mit Grunddienstleistungen ein und schwächt die Fähigkeit von Staat, Institutionen und Gesellschaft, Hilfe zu leisten. Länder mit anhaltenden, bewaffneten Konflikten sind auch vom Klimawandel unverhältnismässig stark betroffen. In zwölf von 20 Ländern, die der ND-Gain Index<sup>29</sup> als am stärksten vom Klimawandel gefährdet aufführt, werden bewaffnete Konflikte ausgetragen. Von den 34 Ländern, die eine Ernährungskrise erleben, hatten im Jahr 2017 14 die Doppelbelastung aus Konflikten und massiven negativen Klimaeinflüssen zu tragen.<sup>30</sup>

Klimabedingte Katastrophen erhöhen das Konfliktrisiko oder können bestehende Konflikte verschärfen. Es ist deshalb essenziell, dass der Klimawandel in die Planung und Umsetzung von Projekten der Konflikttransformation miteinbezogen wird. Auf der anderen Seite muss der Einfluss von Spannungen und Konflikten bei der Planung und Umsetzung von Projekten im Klimaschutz und der Klimawandelanpassung besser berücksichtigt werden. Katastrophen können auch eine «Chance» bieten, verfeindete Konfliktparten in einen Dialog miteinander zu bringen.

HEKS unterstützt seine Partnerorganisationen bei der Durchführung von gemeinsamen Risikoanalysen und bei einer konfliktsensiblen Planung, damit Massnahmen zur Konfliktbewältigung einerseits und zur Bewältigung des Klimawandels andererseits besser miteinander verknüpft werden können.

28 CARE (2019)

29 <https://gain.nd.edu/our-work/country-index/>

30 ICRC (2020): When rain turns to dust, [www.icrc.org/sites/default/files/topic/file\\_plus\\_list/rain\\_turns\\_to\\_dust\\_climate\\_change\\_conflict.pdf](http://www.icrc.org/sites/default/files/topic/file_plus_list/rain_turns_to_dust_climate_change_conflict.pdf)

### 3.8 Durch den Klimawandel ausgelöste Migration

Dem Internal Displacement Monitoring Centre (IDMC) zufolge erhöhte sich die Zahl der durch Katastrophen vertriebenen Menschen im Jahr 2019 um 24,9 Mio. Davon entfielen 23,9 Mio. Fälle auf wetterbedingte Ereignisse.<sup>31</sup> Umweltfaktoren lösen zusammen mit anderen Einflüssen seit jeher Migrationsbewegungen aus.<sup>32</sup> Schnell oder langsam einsetzende Folgen des Klimawandels wie etwa Extremwetterereignisse, der Anstieg des Meeresspiegels und die beschleunigte Umweltzerstörung in Form von Küstenerosion, Wüstenbildung und Verlust von biologischer Vielfalt führen vorübergehend oder dauerhaft zu Migration der betroffenen Bevölkerung. Allerdings ist es selten der Klimawandel allein, der zu Flucht und Migration führt. Migration hat vielerlei Ursachen, der Klimawandel verstärkt allerdings die Dringlichkeit eines Migrationsentscheidens, da er die Lebensgrundlagen bedroht.<sup>33</sup>

In den vergangenen Jahren hat die Wissenschaft neue Erkenntnisse über den Zusammenhang zwischen Klimakrise und Migration gewonnen. Gemäss IPCC-Sonderbericht 1,5°C globale Erwärmung werden durch den Klimawandel ausgelöste Vertreibung und Migration in Zukunft weiter zunehmen. Im Bericht heisst es, dass die durch den Klimawandel ausgelöste Bedrohung nachhaltiger Lebensgrundlagen sowie die Verstärkung der Armut zu einer Zunahme von Migration, Vertreibung und Konflikten führen werden.<sup>34</sup> Zwar lässt sich nur schwer voraussagen, wie viele Menschen wegen des Klimawandels ihre Heimat werden verlassen müssen, aber Schätzungen reichen von 25 Mio. bis eine Mia. Menschen bis zum Jahr 2050. Nur sehr wenige dieser Migrant:innen werden über die Grenzen ihres Heimatlandes hinaus ins Ausland migrieren. Durch den Klimawandel ausgelöste Migrationsbewegungen erfolgen meist vom Land in die Städte, wo indessen die Gefährdung der Vertriebenen kaum geringer ist.<sup>35</sup>

Der Zusammenhang zwischen Klimakrise und Migration ist auch Teil multilateraler Prozesse geworden. Bislang gibt es keine rechtsverbindlichen Abkommen zum Schutz der Rechte von Klimamigrant:innen. Zwar wird im Globalen Pakt für Migration von 2018 der Klimawandel als Migrationsgrund anerkannt und in der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen die klimabedingte Migration ebenfalls ausführlich behandelt, aber die Beschlüsse der Vertragsparteien über «Vertreibung und Migration» beziehen sich bislang lediglich auf die Ausarbeitung fachlicher Abhandlungen und die Stärkung der Koordination zwischen einzelnen Akteuren. Die Pflicht der Staaten zur Beseitigung der «offenkundigen Ungerechtigkeit», welche die Krise verursacht bzw. verschärft hat, wird übergangen.<sup>36</sup>

HEKS setzt sich dafür ein, in den Programmländern die Fähigkeit der Bevölkerung zur Anpassung an den Klimawandel und zur Bewältigung der Folgen des Klimawandels zu stärken, damit klimabedingte Migration so weit wie möglich verhindert werden kann. Politisch fordert HEKS die Schweiz auf, sich international langfristig dafür zu engagieren, dass Lösungen für jene Menschen gefunden und gestärkt werden, die wegen des Klimawandels und der Umweltzerstörung gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen (siehe auch das HEKS-Positionspapier «Migration»).

## Klimawandel, internationale Zusammenarbeit und Finanzen

### 3.9 Klimabedingte Schäden und Verluste

Der IPCC-Sonderbericht 1,5°C globale Erwärmung betont die verheerenden Folgen, die bei einem Temperaturanstieg von 1,5°C auf 2°C oder gar darüber zu erwarten sind. In Anbetracht dessen, dass die aktuell zugesagten Klimaschutz-Massnahmen der internationalen Gemeinschaft den Temperaturanstieg nicht auf 2°C

31 IDMC (2019), Global Report on internal displacement, [www.internal-displacement.org/sites/default/files/publications/documents/2020-IDMC-GRID-executive-summary.pdf](http://www.internal-displacement.org/sites/default/files/publications/documents/2020-IDMC-GRID-executive-summary.pdf)

32 Unter «menschlicher Mobilität» sind drei Formen der Bevölkerungsbewegung zu verstehen: 1. Vertreibung, d. h. die Zwangsumsiedlung; 2. Migration, d. h. die vorwiegend freiwillige Abwanderung; 3. geplante Umsiedlungen, d. h. die organisierte und geplante Umsiedlung von Personen bzw. Personengruppen an einen anderen Ort (UNFCCC 2011)

33 SDC (2016), Climate Change and Environment Nexus Brief – Migration, [www.shareweb.ch/site/Climate-Change-and-Environment/Documents/Nexus%20brief%20Nr.1%20\(July%202016\).pdf](http://www.shareweb.ch/site/Climate-Change-and-Environment/Documents/Nexus%20brief%20Nr.1%20(July%202016).pdf)

34 IPCC (2018)

35 Rosa Luxemburg Stiftung (2019), The climate crisis leads to loss, damage and displacement, [www.rosalux.de/en/news/id/41266/the-climate-crisis-leads-to-loss-damage-and-displacement](http://www.rosalux.de/en/news/id/41266/the-climate-crisis-leads-to-loss-damage-and-displacement)

36 Ebd.

begrenzen helfen, ist deutlich geworden, dass eine Anpassung an den Klimawandel nicht ausreichen und es unweigerlich immer häufiger zu klimabedingten Schäden und Verlusten kommen wird. Die kleinen Inselstaaten unter den Entwicklungsländern spüren schon heute den vom Anstieg des Meeresspiegels verursachten Landverlust und haben mit der Umsiedlung ganzer Ortschaften begonnen.<sup>37</sup>

Klimagerechtigkeit bedeutet ferner, dass die dramatischen Konsequenzen der Erderwärmung nicht als rein technisch lösbares Umweltproblem gesehen werden dürfen. Bei allen Massnahmen müssen das Recht auf Entwicklung, die Menschenrechte, Rechte auf Wasser und Land usw. berücksichtigt und anerkannt sowie im Fall von Schaden bzw. Verlust kompensiert werden.

Der Internationale Warschau-Mechanismus für Schäden und Verluste der UNO-Klimarahmenkonvention (UNFCCC), der Globale Pakt für Migration, das Amt des Hochkommissars der UNO für Menschenrechte (OHCHR) und viele andere Institutionen anerkennen, dass infolge des Klimawandels Menschenrechtsverletzungen stattfinden, mit denen insbesondere die Bevölkerung kleiner Inseln und weniger entwickelter Länder konfrontiert ist, die dafür angemessen entschädigt werden muss. Allerdings verweigern die Industrieländer bislang die Bereitstellung von Mitteln zur Kompensation von Schäden und Verlusten, und sie lehnen das Prinzip der Haftung für Klimaschäden ab. Für die Betroffenen geht es um ihr Überleben, die Sicherung ihrer Lebensgrundlagen und die Bewahrung ihrer Kultur.<sup>38</sup>

HEKS unterstützt seine Partnerorganisationen dabei, marginalisierte Gruppen besseren Zugang zu Versicherungsleistungen als eine Form des Schutzes vor Einkommensverlusten zu verschaffen. HEKS unterstützt seine Partnerorganisationen ferner bei rechtlichen Schritten zur Erlangung von Kompensationen für Schäden und Verluste. Als Mitglied des Dachverbands «Alliance Sud» fordert HEKS die Schweiz auf, zum Thema klimabedingte Schäden und Verluste eine klare und ambitionierte Haltung einzunehmen. Darin sollten sich auch finanzielle und andere Formen der Unterstützung für die am stärksten vom Klimawandel betroffenen Länder manifestieren.

### 3.10 Klimaschutzfinanzierung

Auf der COP21 in Paris herrschte Übereinstimmung darüber, dass die Entwicklungsländer auf ihrem Weg zu einer emissionsarmen und klimaresilienten Entwicklung angemessen unterstützt werden müssen. Die Finanzhilfen für Klimaanpassungsmassnahmen sollten in ihrer Höhe den Finanzhilfen für Klimaschutz-Massnahmen entsprechen und vor allem an finanziell schwache und von den Folgen des Klimawandels am stärksten gefährdete Länder und Bevölkerungsgruppen wie etwa kleine Inselstaaten und an die am wenigsten entwickelten Länder fließen. Konkret haben sich die Industrienationen dazu verpflichtet, ab 2020 mindestens 100 Mia. US-Dollar pro Jahr für den internationalen Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel bereitzustellen und diesen Betrag künftig weiter zu erhöhen. Da diese Mittel nicht vorrangig der Armutsbekämpfung dienen, sollten sie zusätzlich geleistet und nicht dem Topf der schon jetzt begrenzten staatlichen Mittel für Entwicklungshilfe entnommen werden.

Mit der Ratifizierung des Pariser Abkommens hat sich auch die Schweiz zur Bereitstellung eines «angemessenen» Betrages für die internationale Klimaschutzfinanzierung verpflichtet. Auf Basis der inländischen Treibhausgas-Emissionen hat der Bundesrat den Pflichtbeitrag der Schweiz auf 450 bis 600 Millionen Schweizer Franken (CHF) festgesetzt. Bezieht man jedoch, wie von Vertretern der Zivilgesellschaft in der Schweiz gefordert, den CO<sub>2</sub>-Abdruck der Schweiz im Ausland mit ein, so beläuft sich der gerechte Anteil auf rund eine Mia. Franken jährlich. Darüber hinaus sieht das Pariser Abkommen vor, dass die Mittel für die internationale Klimaschutzfinanzierung «neu» und «zusätzlich» aufzubringen seien und nicht auf Kosten des Budgets für die Entwicklungszusammenarbeit gehen sollen. Die Schweiz hat bislang keine zusätzlichen Gelder gesprochen, obwohl Einnahmen etwa aus dem Emissionshandel oder aus klimarechtlichen Strafzahlungen von Fahrzeug- und Treibstoffimporteuren vorhanden wären. Der Einbezug dieser Finanzquellen hätte nicht nur eine Entlastung des Entwicklungshilfebudgets, sondern auf längere Sicht auch eine Planungssicherheit für die Klimaschutzbeiträge der Schweiz zur Folge.<sup>39</sup>

37 ActAlliance (2019) Climate Finance for Loss and Damage, [www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/2\\_Downloads/Fachinformationen/Analyse/ClimateFinance\\_LossDamage.pdf](http://www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/2_Downloads/Fachinformationen/Analyse/ClimateFinance_LossDamage.pdf)

38 Rosa Luxemburg Stiftung (2019)

39 Alliance Sud (2020), Klimagerechtigkeit und internationale Klimafinanzierung: Die Position von Alliance Sud [www.alliancesud.ch/de/file/51346/download?token=Xux1n-AQ](http://www.alliancesud.ch/de/file/51346/download?token=Xux1n-AQ)

Als Mitglied im Dachverband «Alliance Sud» fordert HEKS die Schweiz auf, ihren Pflichtanteil an der internationalen Klimaschutzfinanzierung angemessen und aus zusätzlichen, über das Budget der Entwicklungszusammenarbeit hinausgehenden Geldern zu decken. Private Mittel können die staatliche «Klimaschutz-Milliarde» bestenfalls ergänzen, aber keineswegs ersetzen. Die Schweiz sollte ihr Augenmerk weiterhin auf Anpassungsmassnahmen sowie speziell auf gefährdete Länder und Bevölkerungsgruppen richten. In seinen Schwerpunktländern unterstützt HEKS seine Partnerorganisationen, dafür zu lobbyieren, dass Klimafinanzmittel den Schwächsten und Schutzbedürftigsten zugutekommen.

### 3.11 Desinvestitionen

Der Schweizer Finanzplatz hat als Geldgeber der Öl-, Gas- und Kohleindustrie erheblichen Einfluss darauf, wie schnell der Klimawandel gebremst werden kann.<sup>40</sup> Die vom Finanzplatz Schweiz betreuten Wirtschaftszweige emittieren 20 mal mehr CO<sub>2</sub> als die gesamte Schweizer Binnenwirtschaft und haben damit einen Anteil von zwei Prozent an den globalen Emissionen. Lediglich fünf Staaten verzeichnen diesbezüglich einen höheren Wert. Zwar tragen die Käufer von Aktien und anderen Finanzprodukten für diese Emissionen nicht unmittelbar die Verantwortung, aber es ist ihr Kapital, das klimaschädigend «arbeitet».<sup>41</sup>

Desinvestition ist das Gegenteil von Investition und bedeutet, sich von Aktien, Anleihen oder Investmentfonds zu trennen, die unter ökologischen oder ethischen Gesichtspunkten fragwürdig sind. Kapitalanlagen in fossilen Brennstoffen stellen sowohl für die Investoren als auch für den Planeten langfristig ein Risiko dar – deshalb fordert HEKS als Mitglied der «Klima-Allianz Schweiz» die Schweizer Finanzinstitute und insbesondere die Schweizerische Nationalbank sowie die Pensionskassen zur Auflösung ihrer Kapitalanlagen in Unternehmen auf, die in der Förderung, Verarbeitung oder Verkauf fossiler Brennstoffe tätig sind.

---

40 Greenpeace (2020), Still wrecking the climate – How Credit Suisse And UBS Continue to Finance CO<sub>2</sub>-Emissions 2016 to 2019, [https://storage.googleapis.com/planet4-switzerland-stateless/2020/05/f97e458a-still\\_wrecking\\_the-climate\\_greenpeace\\_2020\\_web.pdf](https://storage.googleapis.com/planet4-switzerland-stateless/2020/05/f97e458a-still_wrecking_the-climate_greenpeace_2020_web.pdf)

41 Klimaallianz (2015), Klima-Masterplan, [https://uploads.strikinglycdn.com/files/8e383cdf-93d2-4f80-aef6-6a1058c88ca6/Climate\\_Masterplan\\_Switzerland\\_EN.pdf](https://uploads.strikinglycdn.com/files/8e383cdf-93d2-4f80-aef6-6a1058c88ca6/Climate_Masterplan_Switzerland_EN.pdf)



## 4. Die Verantwortung von HEKS als Organisation

Nachhaltiges unternehmerisches Handeln trägt entscheidend zum Schutz der Umwelt und zu mehr globaler Gerechtigkeit bei. Als Verfechterin der Klimagerechtigkeit und eines sozio-ökologischen Wandels ist sich HEKS seiner Verantwortung für das eigene Handeln bewusst. Daher strebt HEKS für die nächsten Jahre eine beträchtliche Reduktion der eigenen Emissionen an.

Die Vermeidung und Reduktion von Emissionen ist Teil der verantwortungsbewussten Arbeitsauffassung von HEKS. Die Dekarbonisierung der Projekt- und Programmarbeit wird in der Emissionsreduktionsstrategie (momentan in Ausarbeitung) einen hohen Stellenwert einnehmen müssen. Die Kompensation von Emissionen soll kein Ersatz für die reale Reduktion sein, sondern nur als eine zusätzliche Massnahme und Übergangslösung dienen. Insbesondere Kompensationsgelder in sogenannte «natürliche Klimaschutzlösungen» können dem menschenrechtsorientierten Ansatz, dem HEKS sich in seiner Arbeit verpflichtet, klar widersprechen.

In seiner Strategie zur Vermeidung und Reduktion von Emissionen wird HEKS an die seit dem Jahr 2014 ergriffenen Massnahmen zur Verbesserung seiner Umweltbilanz anknüpfen. Die Schweizer Geschäftsstellen von HEKS haben bereits erhebliche Anstrengungen zur Senkung des Papier- und Energieverbrauchs sowie zum Verzicht auf Flugreisen unternommen. Gleichwohl hat HEKS bislang keine globale Bewertung seines CO<sub>2</sub>-Fussabdrucks (inkl. HEKS-Büros in den Projektländern) vorgenommen. Am anspruchsvollsten werden die Diskussionen darüber werden, wie sich der Energieverbrauch in den HEKS-Bürogebäuden sowohl in der Schweiz als auch im Ausland und die Flugkilometer weiter minimieren lassen. Unvermeidbare Emissionen sollen als solche öffentlich gemacht werden, ob und in welcher Form Kompensationen weiterhin Teil der Emissionsreduktionsstrategie sein können und ob sie sich mit dem menschenrechtsbasierten Ansatz von HEKS vereinbaren lassen, wird Gegenstand entsprechender Diskussionen sein müssen.

Bei der Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen achtet HEKS sowohl in der Schweiz als auch im Ausland streng auf die Einhaltung ökologischer und sozialer Kriterien unter konsequenter Anwendung seiner Beschaffungsrichtlinien. Bei Kapitalanlagen achtet HEKS ferner auf die Einhaltung ethischer Massstäbe sowie darauf, dass sie klimafreundlich sind und keinen Beitrag zur Finanzierung einer Energieerzeugung aus fossilen Brennstoffen leisten. HEKS ist bestrebt, seine Mitarbeitenden in aller Welt für Nachhaltigkeitsbelange zu sensibilisieren und zu Nachhaltigkeitsbotschafter:innen zu machen.

In den Programmländern wird HEKS seine Partnerorganisationen für das Thema der Vermeidung und Senkung von Emissionen sensibilisieren. In seinen Programmen und Projekten legt HEKS ein besonderes Augenmerk auf Anpassungsmassnahmen sowie auf die Klima- und Katastrophenrisiken für Gemeinschaften. Infolgedessen engagiert sich HEKS seit vielen Jahren in der Entwicklung der «partizipativen Analyse von Klima- und Katastrophenrisiken» (Participatory Assessment of Climate and Disaster Risk, Abk. PACDR, Internet: [www.pacdr.net](http://www.pacdr.net)) und unterstützt entsprechende Bildungsmassnahmen sowohl für seine Mitarbeitenden als auch für Partnerorganisationen. Im Rahmen seiner Projekte fördert HEKS einen ökologischen und gerechten Wandel der Wirtschaft – von einem auf Wachstum und Rohstoffabbau beruhenden System hin zu einer Wirtschaftsform, die der sozialen Gerechtigkeit und dem Gemeinwohl dient und den Belastbarkeitsgrenzen unseres Planeten Rechnung trägt. Daher unterstützt HEKS Projekte zur Stärkung von Agrarökologie, lokalen Märkten, Selbstversorgung und Kreislaufwirtschaft.



## 5. Politische Forderungen

Der Klimawandel, aber auch bestimmte Klimaschutzlösungen treffen die Ärmsten der Welt am härtesten, obwohl sie gar nicht dazu beigetragen haben.

Deshalb fordert HEKS, dass der Klimawandel nicht nur als ein umwelt-, sondern auch als ein sozial- und menschenrechtspolitisches Problem betrachtet und angegangen wird. HEKS engagiert sich für **Klimagerechtigkeit, den Schutz der Rechte der Schwächsten und eine gerechte Verteilung der Kosten des Klimawandels und seiner Folgen.**

Diese Forderung bedeutet im Einzelnen:

### 1. Mitbestimmung von Minderheiten und indigenen Völkern bei der Klimaschutzpolitik, bei Klimaschutzstrategien und in der Klimaschutzfinanzierung

- **Uneingeschränkte und gleichberechtigte Mitwirkung von benachteiligten Bevölkerungsgruppen, Minderheiten und indigenen Völkern an der Klimaschutzpolitik und an der Ausarbeitung von Klimaschutzstrategien auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene.** Auf internationaler Ebene soll eine Beteiligung der genannten Gruppen an Klimaverhandlungen gewährleistet werden. Auf nationaler oder lokaler Ebene sollen zweckorientierte Mitbestimmungsformen geschaffen werden, damit diese Gruppen gehört und von der Bevölkerung getragene Lösungen vorangetrieben werden und die Klimaschutz-Finanzierung bei den Schwächsten ankommt. Das kann beispielsweise im Rahmen von Regelungen über nationale Anpassungsprogramme (NAP) oder national festgelegte Beiträge geschehen.
- **Durchgängige Berücksichtigung der Rechte von Minderheiten und indigenen Völkern in nationalen und internationalen Klimawandelstrategien.** Dazu bedarf es einer unmissverständlichen Anerken-

nung der Rechte von Minderheiten und indigenen Völkern, insbesondere ihrer Landnutzungsrechte, sowie traditioneller Wirtschaftsformen und Lebensgrundlagen.

## 2. Anerkennung der Bedeutung von gesicherten Landnutzungsrechten, natürlichen Ressourcen und traditionellem Wissen für Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel

- **Durchsetzung der Land- und Ressourcen-Nutzungsrechte lokaler Gemeinschaften und indigener Völker sowie des Schutzes vor Industrieprojekten einschliesslich jener, die den Klimawandel zu verschärfen drohen** (z. B. Ölförderung, Rohstoffabbau, Holzschlag), aber auch jener, die im Namen einer «grünen Entwicklung» (z. B. Bioenergie, grossflächige Wiederaufforstung, Rohstoffabbau für «grüne Technologie» und «saubere Energie») erfolgen und eine Bedrohung für Ernährungssicherheit, Lebensgrundlagen, Ökosysteme, Ökosystemleistungen, Gesundheit und Sicherheit darstellen.
- **Anerkennung der Rechte lokaler Gemeinschaften und indigener Völker als Hüter:innen von Ökosystemen und Ökosystem-Leistungen sowie ihrer traditionellen Formen der Bewirtschaftung und Nutzung von Ökosystemen.** Gewährleistung des Schutzes dieses Erbes vor Enteignung durch Staat, Wirtschaft und andere Akteure. Das Interesse an traditionellem Wissen und dessen Anwendung in Strategien zur Anpassung an den Klimawandel wird zwar gutgeheissen, muss aber mit dem Recht lokaler Gemeinschaften und indigener Völker auf Teilhabe (free prior informed consent) erfolgen und in Bezug auf und mit ihrem Recht zur Bewahrung ihres Grund und Bodens, ihrer Naturschätze und ihres geistigen Eigentums in Einklang stehen.
- **Integration traditioneller Praktiken und Kenntnisse in Klimaschutz- und Klimawandel-Anpassungskonzepte innerhalb eines rechtlich klar abgesteckten Rahmens.** Staaten und andere Akteure auf internationaler Ebene sollten in gemeinsamer Anstrengung dafür sorgen, dass lokale Gemeinschaften und indigene Völker ihr Wissen und ihre Sichtweise in Entscheidungsprozesse einbringen können.

## 3. Kompromisslose Umsetzung des Pariser Klimaschutzübereinkommens

- Aufgrund des derzeit fehlenden CO<sub>2</sub>-Gesetzes herrscht in der Schweiz gegenwärtig ein klimapolitisches Vakuum. In Anbetracht dessen liegt es weitgehend im Dunkeln, auf welchem Weg das Land CO<sub>2</sub>-Neutralität zu erreichen gedenkt. Gleichwohl muss die Schweiz als Teil der «Koalition der Ehrgeizigen» zum Klimaschutzübereinkommen von Paris alles daran setzen, **die Erderwärmung auf 1.5°C zu begrenzen.** Folglich muss die Schweizer Klimapolitik unverzüglich und konsequent auf CO<sub>2</sub>-Neutralität spätestens ab dem Jahr 2040 ausgerichtet werden.
- Zur Einhaltung der im Übereinkommen von Paris vereinbarten Ziele für die internationale Klimaschutzfinanzierung **muss die Schweiz jährlich eine Mia. US-Dollar** aus öffentlichen Mitteln für diesen Zweck bereitstellen. Die entsprechenden Mittel sollen nicht dem Budget der Entwicklungshilfe entstammen, sondern sie müssen zusätzlich gesprochen werden. Zudem sollte die Schweiz ihre finanzielle Unterstützung eindeutiger auf die ärmsten und am stärksten gefährdeten Entwicklungsländer ausrichten.
- Bei den internationalen Klimaverhandlungen sollte die Schweiz eine **klare und ambitionierte Haltung in Bezug auf klimabedingte Schäden und Verluste** einnehmen, die sich auch auf finanzielle und sonstige Formen der Unterstützung für die vom Klimawandel am stärksten gefährdeten Länder erstreckt. Die Staatengemeinschaft sollte Länder, die infolge des steigenden Meeresspiegels von Überflutung bedroht sind, in ihren Bemühungen unterstützen, Umsiedlungen so weit wie möglich zu verhindern und ihre Anpassungsfähigkeit zu stärken.

## 4. Ausstieg der Schweizer Finanzinstitute aus Kapitalanlagen in der Öl-, Gas- und Kohleindustrie sowie Erfüllung unternehmerischer Sorgfaltspflichten in Wertschöpfungsketten

- Die Schweiz trägt überproportional zur Erderwärmung bei. Ihre direkten und indirekten Treibhausgas-Emissionen im Ausland sind um ein Vielfaches höher als im Inland und müssen gesenkt werden. Die **Schweizerische Nationalbank und die Pensionskassen müssen ihre Kapitalanlagen in der Öl-, Gas- und Kohleindustrie auflösen** und sich konsequent einem globalen Wirtschaftsmodell zuwenden, das sich auf nachhaltig erzeugte Energie aus erneuerbaren Quellen stützt.
- Im Zusammenhang mit ihrer staatlichen Fürsorgepflicht muss die Schweiz von der Wirtschaft verlangen, auf untaugliche Klima- und Umweltschutzlösungen zu verzichten und im Zusammenhang mit der wachsenden Nachfrage nach Land und Rohstoffen **in ihren Lieferketten menschenrechtliche Sorgfaltspflicht anzuwenden.**

## 5. Wandel hin zu einer ökologischen und gerechten Kreislaufwirtschaft

- Das aktuelle, auf Wachstum basierende Wirtschaftsmodell schädigt Klima und Umwelt und vergrößert soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten. Es ist höchste Zeit für einen Paradigmenwechsel zu Gunsten einer «grünen» und gerechten Kreislaufwirtschaft. Dieses neue Modell muss die Abhängigkeit von Primärrohstoffen etwa aus Landwirtschaft und Bergbau verringern, Gefahren und negative Folgen für lokale Gemeinschaften abwenden und sowohl das menschliche Wohlergehen als auch die Belastbarkeitsgrenzen des Planeten berücksichtigen. **Die Schweiz muss politisch umdenken und sich einem Wirtschaftsmodell verpflichten, das sozial und ökologisch gerechter ist.**
- **Die Landwirtschaftspolitik sowohl in der Schweiz als auch im Ausland ignoriert den Klimaschutz nach wie vor** nahezu vollständig. Die Landwirtschaft muss an Klimaschutz-Lösungen mitwirken. Die Schweiz sollte sich im In- und Ausland für **Agrarökologie und eine ökologische Landwirtschaft** einsetzen.



**HILFSWERK DER EVANGELISCH-REFORMIERTEN KIRCHE SCHWEIZ**

**Hauptsitz**  
Seminarstrasse 28  
Postfach  
CH-8042 Zürich

+41 44 360 88 00  
info@heks.ch  
heks.ch  
IBAN CH37 0900 0000 8000 1115 1

HEKS ist Mitglied von

**actalliance**